

Rundschlag

VON MARTIN WINTERLING

Vergängliche Zeiten

Der analoge Wecker neben dem Bett zeigt immer Sommerzeit. Auch im Winter. Ich stelle ihn nie um. Die falsche Uhrzeit in der dunklen Jahreszeit erinnert mich an Frühling und Sommer.

Aber die Sommerzeit ist in Gefahr. Die Europäische Union will den Mitgliedsländern freistellen, wie bei ihnen die Uhren gehen. Vor allem wir Deutschen haben uns bei einer keineswegs repräsentativen Umfrage der EU millionenfach gegen die Zeitumstellungen ausgesprochen. Die Anti-Sommerzeit-Lobby hat einen guten Job gemacht.

Nun aber erhalten wir Befürworter der Sommerzeit Schützenhilfe aus einer unverhofften Ecke. „Bauarbeiter sind keine Langschläfer!“, heißt es in einer Pressemitteilung des Verbandes der Bauwirtschaft Baden-Württemberg. Der Verband ist gegen eine dauerhafte Umstellung auf Sommerzeit und fordert die Beibehaltung der jetzigen halbjährlichen Umstellungsregelung, insbesondere aus Arbeitsschutzgründen: „Die Sicherheit unserer Beschäftigten auf den Baustellen hat absolute Priorität. Bei dauerhafter Sommerzeit müssten wir die Baustellen in den Wintermonaten morgens eine Stunde länger mit Scheinwerferlicht ausleuchten. Dies kann bei aller Sorgfalt zulasten der Arbeitssicherheit und damit der Gesundheit unserer Beschäftigten gehen. Auch die Qualität der Bauausführung ist nicht so optimal wie bei Tageslicht.“

Also, liebe Gegnerinnen und Gegner der Sommerzeit: Euer Missmut über das Verstellen der Uhren in allen Ehren. Aber vergesst die ewige Winterzeit. Den Bauarbeitern zuliebe. Wir wollen doch alle weiter morgens um 7 Uhr vor dröhnenden Pressluftschlämmern, kreischenden Trennschleifern und nervtötenden Rüttlern geweckt werden. Bei Tageslicht – und nicht in der Dämmerung von markerschütternden Schreien der verletzten Bauarbeiter.

Die Woche

Der Nachrichten-Podcast
aus dem Zeitungsverlag Waiblingen



Was kommt nach der Ära Merkel?

Podcast „Die Woche“: Neue Folge

Waiblingen.

Angela Merkel will nicht mehr als CDU-Chefin kandidieren. Aber Kanzlerin möchte sie bleiben – möglichst bis 2021. Geht dieser Plan auf? Hält die große Koalition? Wer kommt nach Merkel? Und wie wird sich Deutschland verändern? Darüber spricht Liviana Jansen mit Frank Nipkau, dem Chefredakteur des Zeitungsverlages Waiblingen, in der neuen Folge des Podcasts „Die Woche“. Die Folge erscheint am Freitag um 17 Uhr. Sie können sie auf zvw.de/podcast hören oder auf Apple Podcast oder Spotify.

Ladendieb auf der Flucht geschnappt

Fellbach.

Die Polizei hat einen Ladendieb auf der Flucht geschnappt. Ein Komplize tauchte unter. Am Dienstag, kurz vor 12.30 Uhr, hatte eine Polizeistreife in Fellbach zwei Männer gesehen, die im Vollspurt und ohne auf den Verkehr zu achten die Tainerstraße und die Bahnhofstraße überquerten. Kurz darauf sprach eine Angestellte des örtlichen Sportwarengeschäftes in der Bahnhofstraße die Polizisten an: Zwei Diebe hätten mit Diebesgut in einer Plastiktasche gerade den Laden verlassen. Die Streife fahndete nach den Flüchtigen und entdeckte eine Person in der Gerhart-Hauptmann-Straße. Ein Polizist nahm zu Fuß die Verfolgung auf und erwischte dank der Hinweise von Passanten einen der beiden im Bus. Bei der Festnahme wehrte sich der 20-jährige Dieb und verletzte den Polizisten leicht. Das Diebesgut sowie ein Tierabwehrspray und ein Brecheisen wurden beim Tatverdächtigen sichergestellt. Der Mann muss nun mit einer Anzeige wegen Diebstahls und Widerstandes gegen Polizeibeamte rechnen. Die Ermittlungen zum Komplizen dauern an.

Eine Fabrik namens Krankenhaus

Der Film „Der marktgerechte Patient“ prangert an: An einem bundesweiten Aktionstag läuft er auch in Winnenden und Stetten

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PETER SCHWARZ

Waiblingen.

Deutsche Krankenhäuser sind durchkommerzialisierte Fabriken, und schuld daran ist das politisch gewollte Vergütungssystem der „Fallpauschalen“, das jedem Leiden einen Marktwert zuweist – das ist die Kernthese des Films „Der marktgerechte Patient“. Er läuft am Donnerstag, 8. November, im Zuge eines bundesweiten Aktionstages auch in Winnenden und in Stetten.

„Das Geld ist immer im Hintergrund aller Entscheidungen: Man tut etwas, um die Kosten zu reduzieren, oder man tut etwas, um mehr Erlöse, mehr Einnahmen für das Krankenhaus zu generieren. Das Krankenhaus wird geführt wie eine Fabrik: Maximaler Output, minimaler Aufwand – und der Patient wird zum Werkstück.“ Der das sagt, ist weder Mitglied in einer marxistischen Sekte noch ein weltfremder Wirrkopf; sondern: Anästhesie-Arzt in einer Münchner Klinik. Er kommt, wie viele andere Kritiker des Systems, im Film „Der marktgerechte Patient“ zu Wort.

Ausgebranntes Pflegepersonal, elend lange Wartezeiten in Notaufnahmen, dem Stress geschuldete Behandlungsfehler: All die Phänomene sind medial vielfach beschrieben. Aber woran liegt die Not? „Die wesentliche Ursache“, der entscheidende Markstein auf dem Weg zur „Krankenhaushabrik“ und „kompromisslosen Ökonomisierung“ ist das Vergütungsmodell, finden die Filmemacher Leslie Franke und Herdolor Lorenz: Das System der sogenannten Fallpauschalen, zwischen 1996 und 2004 Zug um Zug eingeführt, weist jeder Krankheit einen festen Preis zu. „Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste.“

Guter Patient, schlechter Patient: Die Ökonomie des Systems

Das Fallpauschalenprinzip teilt die Patienten in gute Kunden und schlechte Kunden, lohende und unrentable. Gut sind Orthopädie, Gefäßchirurgie, Kardiologie, gut sind Operationen. Schlecht sind Behandlungen, die geduldiges Abwarten, sorgsames Beobachten und intensive Pflege erfordern: Arbeit mit chronisch Kranken, Alten, Dementen. Oder wie es eine Chefarztin aus München bündig zusammenfasst: Nach der Fallpauschalen-Logik sind „Operationen viel lukrativer als eine monatelange Behandlung, auch wenn die Überlebenschance für den Patienten damit viel größer ist.“

Es war mal anders. Da Kliniken eine soziale Funktion haben, sollten sie nicht der Marktlogik unterworfen sein – das galt bis in die 90er Jahre als selbstverständlich. Dann aber mehrten sich die Stimmen, die vor einer „Kostenexplosion des Gesundheitswesens“ warnten. So könne es nicht weitergehen. Der Chirurg und Sachbuchau-



Im Operationsaal wird das Geld gemacht: Szenenbild aus dem Film „Der marktgerechte Patient“.

Bild: www.der-marktgerechte-patient.org

tor Dr. Bernd Hontschik hält das für ein Märchen. In der Frankfurter Rundschau schrieb er bereits 2013: „Ich behaupte, dass es keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen gibt, und dass es auch noch nie eine gegeben hat. Die Ausgaben für das Gesundheitssystem sind in unserem Land seit Jahrzehnten konstant. Sie betragen zehn bis zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.“

Bei der Umwandlung des Gesundheitswesens sei es um anderes gegangen: einen „Wirtschaftszweig“ zu schaffen, „in dem man investieren kann, um eine Rendite zu erwirtschaften“. Über den Krankenhausbe-

reich sei eine „Privatisierungswelle“ gerollt. Wikipedia-Zahlen: 1991 gab es in Deutschland gut 350 private Krankenhäuser, 2015 waren es doppelt so viele, etwa 700. Im selben Zeitraum halbierte sich die Zahl der öffentlichen Häuser annähernd, von rund 1100 auf etwa 580, und die der gemeinnützigen Häuser in freier Trägerschaft schrumpfte von fast 1000 auf unter 700. Hontschik sieht hier einen „unauflösbaren Zielkonflikt: Man kann es nicht gleichzeitig dem Wohl des Kranken und dem Wohl der Shareholder recht machen.“

Mit der Fallpauschale können private

Kliniken besser umgehen, indem sie sich auf besonders rentable Operationen und Behandlungsfelder spezialisieren. Öffentliche Häuser haben kein so fein justierbares Druckventil: Sie können sich nicht nur auf Lohnendes kaprizieren, sondern müssen auch die Regelversorgung gewährleisten.

Geschäftsmodell Privatisierung: Der allgegenwärtige Wettbewerb

So betrachtet, ist der Umbau des Krankenhauswesens letztlich nur ein Stein im großen Mosaik der neoliberalen Umgestaltung, der marktkonformen Zurichtung der Gesellschaft durch Privatisierung von Lebensbereichen, die einst als wichtig fürs Gemeinwohl galten und deshalb dem Zugriff der kapitalistischen Logik entzogen waren: von der Müllentsorgung über die Telekommunikation bis zu Autobahnbau und Bahnverkehr. Oder wie es in einem Papier der Bundesärztekammer heißt: „Das deutsche Gesundheitswesen kann historisch als einer der letzten gesellschaftlichen Teilbereiche betrachtet werden, in den die Instrumente des Marktes und des Wettbewerbs vordringen und die gewachsenen Strukturen fundamental verändern.“

Info

„Der marktgerechte Patient“ läuft am Donnerstag, 8. November, sowohl in der Stettener Glockenkeller, Hindenburgstraße 43 (20 Uhr – Veranstalter: Allmende Stetten) als auch im Theater Alte Kelter Winnenden, Paulinenstraße 33 (19.30 Uhr – Veranstalter: Info-Offensive Winnenden, DGB und Awo).

Gegen die Privatisierung: Filme von unten

Die Hamburger Dokumentarfilmer Leslie Franke und Herdolor Lorenz wollen Filme drehen, „die die herrschenden Vorstellungen hinterfragen und den Mächtigen kritisch auf die Finger sehen“. Die Finanzierung dieser „Filme von unten“ läuft über Spenden von Privatleuten und Institutionen wie Attac oder Greenpeace. Auch bei der Verbreitung wirkt eine Graswurzel-Strategie: Von Kiel bis München, Köln bis Dresden finden am 8. November an hundert Orten Uraufführungen statt, organisiert nicht von Kino-Betreibern, sondern lokalen Initiativen und Vereinen.

Eine Erfolgsgeschichte schrieben Franke/Lorenz mit ihrem Film „Water Makes Money“: 1,5 Millionen Zuschauer sahen das Außenseiterprojekt. Die Dokumenta-

risten kritisierten darin am Beispiel der Trinkwasserversorgung das Finanzierungsmodell „Öffentlich-Private Partnerschaft“, bei dem die öffentliche Hand private Unternehmen mit ins Boot holt, um grundlegende Aufgaben zu realisieren. Das ÖPP-Prinzip sorgt derzeit auch im nahen Schwäbisch Gmünd für Aufwühlung: Die Stadt will auf diese Art ein neues Hallenbad bauen und betreiben, dagegen hat sich eine Bürgerinitiative formiert.

In „Bahn unterm Hammer“ befassten sich Lorenz/Franke 2007 mit der damals geplanten Privatisierung der Deutschen Bahn, in „Wer rettet wen?“ beleuchteten sie, wer von der angeblichen Griechenland-„Rettung“ wirklich profitierte und die Krise zum Geschäftsmodell machte.

Die politischen Ambitionen nie begraben

Friedrich Merz war 2005 auf Wahlkampftour in Remshalden und schaute 2017 bei Stihl in Waiblingen vorbei

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
MARTIN WINTERLING

Remshalden/Waiblingen.

Friedrich Merz hat seine politischen Ambitionen nie begraben. So wie seine Anhänger in der CDU ihre Hoffnungen in den Konservativen aus dem Sauerland nie aufgaben. Jetzt steht Merz, 62, wieder im Ring und will CDU-Vorsitzender werden. Eindrücke von Merz-Auftritten in den Jahren 2005 und 2017.

Sommer-Wahlkampf 2005. Gerhard Schröder war noch Bundeskanzler, Angela Merkel seine Herausforderin. Nach der Pleite mit Kanzlerkandidat Edmund Stoiber bei den Bundestagswahlen 2002 hatte die CDU-Vorsitzende Friedrich Merz vom Hof gejagt und auch den Fraktionsvorsitz für sich beansprucht. Herausragende Funktionen hatte Merz 2005 in der CDU keine mehr. Friedrich wer?, sollte man meinen. Weit gefehlt. Statt den erwarteten 80 Gästen bei seinem Wahlkampfauftritt pilgerten über 500 CDU-Anhänger ins Schnaithmann-Forum in Remshalden.

In unserem Bericht „Wirtschaft für die Köpfe, Werte fürs Herz“ schrieben wir über den abservierten CDU-Politiker: „Friedrich Merz ist kein Mann für die zweite Reihe.“ Und: „Merz ist ein blendender Redner. Vermutlich einer der wenigen, die in einer rhetorischen Liga mit Schröder, Fischer oder Gysi spielen. Keine Ähs und Mhmms hemmten seinen einstündigen Redefluss.“

Dass Merz ein Marktradikaler war und ist, daran war nichts zu deuteln. Arbeitszeit, Entgelt und Urlaub dürften nicht mehr

von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ausgehandelt werden, sondern müssten auf betrieblicher Ebene geregelt werden. Merz sah sich in der Tradition der Gewerkschaftsfresserin Margaret Thatcher. Eine Koalition mit der SPD, den „Sozialisten und Umverteiler“, konnte sich Merz überhaupt nicht vorstellen. „Eine Große Koalition löst die großen Probleme nicht.“ Wie wir heute wissen, kam es anders.

Zwölf Jahr später, im April 2017, war Merz ein weiteres Mal im Rems-Murr-Kreis zu Gast. Der Wirtschaftsanwalt hatte sich längst aus der Politik verabschiedet und Karriere bei dem weltweit größten Vermö-

gensverwalter Blackrock gemacht. Der Landtagsabgeordnete Siegfried Lorek hatte Merz zu einer Unternehmensrunde in die Firma Stihl nach Waiblingen eingeladen. Mit 140 Gästen war Merz wieder der gefragte Redner.

„Ich will etwas bewirken können“

Schon damals interessierten die Zuhörer weniger die transatlantischen Beziehungen, das Thema seiner Rede, denn die Chancen auf ein Comeback. Wir schrieben: „Gleich vorweg: Friedrich Merz genießt es, gefragt

zu sein. Den kleinen Spalt zurück in die Politik lässt er denn sperrangelweit offen. Er habe 20 Jahre lang Politik gemacht ... Er sei aber auch ein Befürworter von Mandaten auf Zeit. Anders ausgedrückt: Der viel beschäftigte Wirtschaftsanwalt und Aufsichtsrats-Chef von Blackrock Deutschland kann auf die vielen Berufspolitiker herabsehen, die sich im Bundestag tummeln. Er schließe nichts aus, formulierte Merz seine Ambitionen bewusst doppeldeutig, vielleicht wieder ein Amt anzustreben. Er müsse dann aber etwas bewirken können. Unter dem Amt des Bundeskanzlers wird's also nichts mit einem Merz-Comeback.“



Friedrich Merz 2017 bei einer Unternehmerrunde in der Firma Andreas Stihl in Waiblingen (links) und 2005 im Schnaithmann-Forum Remshalden mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und dem Gastgeber Karl Schnaithmann. Fotos: Schneider/Habermann